

Fraktions-News-Flash «Usem Landrat»

Landratssitzung vom 10. April 2025



Landrat lehnt Klimaschutz-Artikel in Baselbieter Kantonsverfassung ab

Christine Frey (christine.frey@sbs-ag.ch)

Landrätin

Der Baselbieter Landrat hat am 10. April 2025 in zweiter Lesung entschieden, die Aufnahme eines **Klimaschutz-Artikels** in die Kantonsverfassung abzulehnen. Mit 45 Nein- zu 36 Ja-Stimmen fand die Vorlage, die auf eine Initiative des ehemaligen Landrats Klaus Kirchmayr (Grüne) zurückgeht, keine Mehrheit. Ziel des vorgeschlagenen Artikels war es, Treibhausgasneutralität bis 2050 als verbindliches Ziel in der Verfassung zu verankern und den Kanton sowie die Gemeinden zu entsprechenden Massnahmen zu verpflichten.

Bereits in der ersten Debatte am 27. März hatten sich klare Meinungsunterschiede zwischen den politischen Lagern abgezeichnet. Die links-grünen Parteien (SP, Grüne-EVP und GLP) sprachen sich entschieden für den Artikel aus und betonten die Notwendigkeit, den Klimaschutz auch auf kantonaler Ebene stärker zu verankern. Sie argumentierten, dass ein solcher Artikel ein wichtiges Signal für die Zukunft sei und den Kanton Basel-Landschaft in seiner Verantwortung für den Klimaschutz stärken würde. Die bürgerlichen Parteien (SVP, FDP und Mitte) hingegen stellten sich geschlossen gegen die Vorlage. Sie kritisierten insbesondere die Verbindlichkeit des vorgeschlagenen Artikels und warnten vor rechtlichen sowie praktischen Problemen bei dessen Umsetzung. Die FDP betonte, dass das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 unter den aktuellen technologischen und infrastrukturellen Bedingungen weder realistisch noch wirtschaftlich tragbar sei.

In der Debatte führten Vertreterinnen und Vertreter der bürgerlichen Seite aus, dass Klimaschutz zwar ein wichtiges Anliegen sei, jedoch nicht durch unrealistische Maximalforderungen in der Verfassung erreicht werden könne. Die FDP warnte vor den Folgen einer solchen Regelung: „Die Verfassung ist nicht der Ort für politische Hoffnungen, die keiner einlösen kann.“ Mit einem solchen Artikel würden rechtlich verbindliche Aufträge ausgelöst, ohne dass die dafür notwendigen Voraussetzungen – wie Speichertechnologien, Netzkapazitäten oder ausreichende finanzielle Mittel – gegeben seien. Dies würde zu Unsicherheit führen und den Standort Basel-Landschaft gefährden. Die FDP plädierte stattdessen für einen pragmatischen Ansatz: Innovation statt Ideologie, marktwirtschaftliche Lösungen statt Zwang. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass bereits heute auf Bundes- und Kantonsebene genügend gesetzliche Instrumente für den Klimaschutz vorhanden seien. Eine zusätzliche Verfassungsbestimmung sei daher nicht notwendig. Die Befürworterinnen und Befürworter des Artikels hielten dagegen, dass der Klimaschutz eine der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit sei und ambitionierte Massnahmen erfordere. Sie verwiesen auf andere Kantone wie Zürich, die ähnliche Regelungen bereits erfolgreich eingeführt haben. Ein Klima-Artikel in der Verfassung wäre ein klares Bekenntnis zur Verantwortung des Kantons Basel-Landschaft im globalen Kampf gegen den Klimawandel gewesen.

Trotz dieser Argumente konnte sich der Vorschlag nicht durchsetzen. Mit 45 Nein- zu 36 Ja-Stimmen entschied der Landrat gegen die Aufnahme des Klimaschutz-Artikels in die Verfassung. Damit bleibt der Klimaschutz im Kanton weiterhin auf gesetzlicher Ebene geregelt – ohne zusätzliche Bestimmungen auf Verfassungsebene.

Fazit

Die Ablehnung zeigt einmal mehr die Herausforderungen bei der politischen Umsetzung von Klimazielen: Während die Dringlichkeit des Themas von allen Seiten anerkannt wird, gehen die Meinungen über den richtigen Weg dorthin stark auseinander.

[Vorlage 2022/351](#)

Eingereichte Vorstösse

Folgende Vorstösse wurden von der Fraktion der FDP an der LR-Sitzung vom 10. April 2025 eingereicht:

[Postulat 2025/155 - Christine Frey](#): Keine Gesetzgebung über das Grundeigentum ohne das Grundeigentum

[Postulat 2025/156 - Christine Frey](#): Richtplan Salina Raurica überarbeiten - Volksentscheid ernst nehmen

[Motion 2025/157 - Christine Frey](#): Effizienzoffensive in der BUD - Verwaltungsprozesse endlich leistungsfähiger machen

Motion 2025/158 - Christine Frey: Transparenzoffensive in der BUD – mit unabhängiger Aufsicht und echter Partizipation

Motion 2025/160 - Christine Frey: Verlässlichkeitsoffensive in der BUD – strategisch statt beliebig – langfristige Infrastrukturplanung verbindlich machen

Motion 2025/161 - Christine Frey: Strategieoffensive in der BUD – Ergebnisse liefern, Grossprojekte meistern

FDP.Die Liberalen Baselland, 4410 Liestal | info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch

[Abbestellen](#)